

Dialog aktuell

Nr. 01-02/2022

Rundbrief des Verein Dialogforum Flughafen Wien

Ausgabe Jänner / Februar – Nr. 01-02/2022

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Jahr 2022 hat begonnen und in der Flugverkehrswirtschaft war ein vorsichtiger Optimismus, den Höhenflug der Passagierzahlen der Jahre 2018 und 2019 bald wieder zu erreichen, spürbar. Groß sind die Hoffnungen, dass die Maßnahmen gegen die COVID-19-Pandemie immer besser greifen und die Reisebeschränkungen weltweit aufgehoben, oder nur noch zu einem geringen Teil aufrechterhalten werden müssen. Und dann passiert mit dem Ukraine-Krieg etwas, das wir glaubten, im letzten Jahrtausend mit dem Balkankrieg schon endgültig hinter uns gelassen zu haben, Krieg auf europäischem Boden, direkt vor unserer Haustür.

Die große Herausforderung besteht darin, neue Wege der Koexistenz und der Zusammenarbeit zu finden. Europa wird mit mehr Kraft und Mut zu einem effizient funktionierenden gemeinsamen und eigenständigen europäischen Weg finden müssen, was im Ansatz bereits zu erkennen ist.

Auch in der Flugverkehrswirtschaft sind neue Weichen zu stellen. Im Interessenausgleich zwischen Wirtschaft und Bevölkerung werden neue Wege zu beschreiten sein. Es ist schon ein seltsamer Zufall, dass die Behandlung des Antrags der Bürgerinitiativen im Dialogforum, alle Maßnahmen zur Reduktion der Flugverkehrsbelastungen nochmals auf den Prüfstand zu heben und Verbesserungsmöglichkeiten zu verhandeln, gerade jetzt Ende Februar 2022 mit einer ersten Präsenzsitzung begonnen werden konnte.

Erzeugen wir weiterhin ein Vorbild, was ein fairer und professionell gestalteter Dialog in komplexen Kontexten Millionen betroffener Menschen, auch in besonders schwierigen Zeiten zu leisten vermag. Zeigen wir, wie es uns bereits bisher gelungen ist, vor, dass der Dialog auch die größten Gräben zu überwinden vermag, wenn nur alle Parteien bereit sind, konstruktiv und fair zu verhandeln und bestmöglich organisiert nach gemeinsamen Lösungen zu suchen.

Mit freundlichen Grüßen Ihr

Wolfgang Hesina

1) Rückblick Jänner - Februar 2022

Die Jahresplanung im Dialogforum Flughafen Wien hat vorgesehen, mit der ersten Präsenzsitzung seit über einem halben Jahr die Behandlung des ARGE-Antrags aus dem 4. Quartal 2019 zu starten. Die hohen Inzidenzzahlen und die einschneidenden Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung haben dann dazu geführt, dass die 1. Sondierungsrunde auf Ende Februar 2022 - COVID-19-bedingt zum vierten Mal - verschoben werden musste. Zum Verschiebungszeitpunkt hatten nur die Pessimisten wirklich gedacht, dass es in Europa Krieg geben könnte und so ist nun der Startschuss für die Behandlung des ARGE-Antrags zur gleichen Zeit erfolgt, in der die bisherige Weltordnung ins Wanken gerät

Zum Jahresbeginn 2022 wurde gemäß Beschlusslage auch mit der Erstellung des Evaluierungsberichts für das Berichtsjahr 2021 begonnen. Aktuell sieht sich das Dialogforum auch – so wie das für die aktuelle Zeit leider offensichtlich nicht unüblich zu sein scheint – mit einer Kampagne, bestehend aus zahlreichen Falschmeldungen und Interventionen konfrontiert. Interessensgruppierungen, die seit über 15 Jahren keinen einzigen konstruktiven Beitrag zur Reduktion der Flugverkehrsbelastungen geleistet haben, versuchen derzeit, ihre Partikularinteressen – ohne Einbindung vieler anderer Betroffenen – durchzusetzen. Ein fairer partizipativer Diskussions- und Verhandlungsprozess, wie er im Dialogforum stattfindet, ist bei diesen Interventionen nicht vorgesehen, das Dialogforum dient diesen Personen offenbar als Projektionsfläche und sie empfinden es wohl als „Dorn im Auge“, gerade weil im Dialogforum alle potenziell betroffenen Interessensgruppierungen gemeinsam und repräsentativ für die Flughafenregion nach konstruktiven Lösungen suchen.

Begonnen wurde auch damit, die Informationsmaterialien des Dialogforums – insbesondere den Folder und eine Informationsbroschüre über die inhaltlichen Schwerpunktthemen und Aktivitäten – zu aktualisieren und das Fotomaterial zu ergänzen. In den ersten beiden Monaten des Jahres 2022 wurde auch mit der Abarbeitung des COVID-19-bedingten Rückstaus an Analysen, Anfragebeantwortungen und Diskussionen über die Maßnahmen begonnen, um die Flugverkehrsbelastungen so gering wie möglich halten zu können. Bis Ende Februar/Anfang März 2022 wurden bisher drei Sitzungen umgesetzt:

- 26. Jänner 2022:** **79. Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit** – In dieser Zoom-Videokonferenz wurde die für 2022 erwartete Flugverkehrsentwicklung sowie die aktuellen Prognosen präsentiert und die Konsequenzen für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Dialogforums besprochen. Vereinbart wurde in weiterer Folge, dass die Mitglieder des Dialogforums das für das Update des Dialogforumsfolders fehlende Fotomaterial bereitstellen und die Zitate der Mitglieder freigeben. Den Abschluss der Sitzung bildete die Berichterstattung über die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zum Jahreswechsel 2021/2022, Informationen zu Themen aus den Printmedien zum Thema „Logistik“ sowie die aktuelle Situation in Bezug auf Anfragen und Beschwerden. Die Mitglieder wurden auch darüber informiert, dass die Individualbeschwerde eines Bürgers an den Verfassungsgerichtshof (VfGH) vom VfGH zur Behandlung abgelehnt worden ist. Diese Individualbeschwerde hatte sich auf die Abflugrouten im Bereich des südlichen Wiener Stadtrandes bezogen, der VfGH stellte in seiner Ablehnung aber fest, dass bei der Abflugroutenfestlegung eine umfangreiche und faire Beteiligung der Betroffenen stattgefunden hat.
- 28. Februar 2022:** **01. Sondierungsrunde** – Mit der Sondierungsrunde wurde – nachdem pandemiebedingt fast zwei Jahre keine Präsenzsitzungen abgehalten werden konnten – mit der Abarbeitung des Antrags der 18 Bürgerinitiativen der ARGE gegen Fluglärm aus dem 4. Quartal 2019 im Rahmen einer Hybridsitzung (Präsenzsitzung mit Zuschaltung einzelner Personen per Video) begonnen. Die ARGE gegen Fluglärm hatte in dem Antrag unter dem Eindruck der Flugverkehrsbelastung des Rekordjahres 2019 mit rund 280.000 Flugbewegungen (IFR) gefordert, alle Vereinbarungen, um den Fluglärm und die Flugverkehrsbelastungen so gering wie möglich zu halten, nochmals auf den Prüfstand zu heben. Erklärtes Ziel der Bürgerinitiativen sowie der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Anrainergemeinden ist es, die Vereinbarungen so nachzuschärfen, dass, auch wenn der Flugverkehr wieder auf ein mit dem Jahr 2019 vergleichbares Niveau anwachsen sollte, mit einem weiter verbesserten Maßnahmenbündels das Fluglärm- bzw. Belastungsniveau des Rekordjahres nicht mehr erreicht wird.

In der ersten Sondierungsrunde wurden die Themen aller Gründungsmitglieder des Dialogforums gesammelt und vereinbart, die konkreten Gespräche und Verhandlungen in der Reihenfolge „Nachtflug“, „technischer Lärmschutz“ sowie „Umweltfonds“ umzusetzen. Vereinbart wurde auch in der nächsten Sitzung die Interessen, Positionen und Forderungen der einzelnen Parteien vorzustellen und auf dieser Basis eine gemeinsame Vorgangsweise für die Themenbehandlung zu vereinbaren.

07. März 2022:

80. Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit – Die Arbeitskreissitzung wurde vorgezogen, um abzustimmen, wie mit den falschen Anschuldigungen und den Fake-News über das Dialogforum und auch Austro Control umgegangen werden kann. Es wurde eine gemeinsame Vorgangsweise besprochen. Weitere Themen betrafen den Umsetzungsstand des Evaluierungsberichts, ein Update der Website www.dialogforum.at sowie die Umsetzung des Updates des Dialogforumsfolders und der Broschüre „Daten und Fakten“.

2) **Schwerpunktthema „Dialogforum - wichtige Verhandlungen unter schwierigen Rahmenbedingungen“**

Zur Ausgangssituation

Im 4. Quartal 2019 hat die ARGE gegen Fluglärm - dem Zusammenschluss der Bürgerinitiativen im Dialogforum - angesichts der sich abzeichnenden Rekordzahl von rund 280.000 Flugbewegungen (IFR) den Antrag gestellt, nochmals alle Vereinbarungen, um die Flugverkehrsbelastungen so gering wie möglich zu halten, auf den Prüfstand zu heben.

Erklärtes Ziel des Antrags ist es, nach weiteren Möglichkeiten zur Reduktion des Fluglärms und der Schadstoffbelastung zu suchen und Maßnahmen rechtzeitig umzusetzen, bevor der Flugverkehr wieder auf das Niveau des Rekordjahres 2019 zurückkehrt.

Die Behandlung des Antrags sollte mit einer „Sondierungsrunde“ gestartet werden, die erste Sitzung war für den 20. März 2020 vereinbart. Knapp davor, nämlich am 16. März 2020 wurde Österreich aber wegen der COVID-19-Pandemie in den ersten harten Lockdown gezwungen und die Verhandlungen, die bei einem derart schwierigen und konflikträchtigen Thema nur in Form von Präsenzsitzungen effizient und erfolgversprechend geführt werden können, konnten nicht aufgenommen werden. Mehrere „Startversuche“ scheiterten an den Pandemiebekämpfungsmaßnahmen und so erfolgte der Start des Diskussions- und Verhandlungsprozesses nun Ende Februar 2022.

Zu den Rahmenbedingungen von Verhandlungen an der Schwelle einer neuen Zeit

Zur Zeitenwende: Zum Jahresbeginn sind wir davon ausgegangen, dass wir heuer unser „altes“ Leben größtenteils zurückbekommen könnten und wir uns in wohlbekanntem Rahmenbedingungen wiederfinden werden. Seit Beginn des Ukraine-Krieges, ist die Weltordnung der letzten 30 Jahre Geschichte. Eine neue, veränderte Weltordnung soll von Russland offensichtlich mit dem Ukraine-Krieg geschaffen werden, wobei sich die Frage stellt, ob die von Russland mit kriegerischen Mitteln verfolgten Veränderungen wirklich neu sind, oder nicht viel eher die Rückkehr in die Zeiten des „Kalten Krieges“ und der Repression von Nachbarstaaten zum Ziel haben.

Zum weltweiten Vormarsch von Aggression und Gewalt: Weltweit - und das nicht nur erst seit Ausbruch des Ukraine-Krieges - ist zu beobachten, dass aggressives Handeln, verbale und körperliche Gewalt auf allen Ebenen im Vormarsch sind. Völker- und Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit geraten immer mehr unter Druck. Nach vielen Jahren in der Komfortzone stehen wir nun an der Schwelle einer Zeitenwende. Ob wir dies wahrhaben wollen, oder nicht, wir werden die Weltordnung neugestalten, Spielregeln für die Zusammenarbeit neu definieren und die Vielzahl an Krisen in einer Zeit bewältigen müssen, in der die Spaltung unserer Gesellschaft so groß wie noch nie ist.

Zur Reaktion der Europäischen Union: Jedenfalls ist sich Europa und die Europäische Union (EU) nun schlagartig im Klaren darüber, dass alte Rahmenbedingungen nicht mehr existieren und die Zeiten des Taktierens, des „Nicht-Entscheidens“, des Hinauszögerns und der Angst vor klaren Strategien, denen ebensolche Handlungen folgen, unwiederbringlich vorbei sind. Die Zeitenwende ist nicht ein leeres, von unrealen Zukunftsängsten verbrämtes Schlagwort. Das Ausmaß der EU-Sanktionen gegen Russland und die rasche und geschlossene Reaktion zeigen, dass die EU die Zeichen der Zeit offensichtlich erkannt hat.

„Wie schaut die neue Weltordnung aus?“ lautet die Frage, auf die wir rasch eine Antwort finden müssen, bevor aus dem „Vollbrand“ in der Ukraine ein weltweiter Flächenbrand entsteht. Zur Beantwortung der Frage werden wir vor allem Wege finden müssen, wie wir die vielen akuten Krisen und Konflikte rasch wieder einfangen und deeskalieren können.

Zum gemeinsamen Handeln als Hoffnung: Der von der EU und der westlichen Welt eingeschlagene Weg des mehr „Mit- als Gegeneinander“ und der Solidarität gibt Anlass zur Hoffnung, weil mehr Solidarität und gezielte Anstrengungen, die Spaltung unserer Gesellschaft zu beseitigen der Schlüssel für gute Lösungen in allen Krisenbereichen sein werden. Ähnliches gilt aber, nachdem das Ansehen unseres gesamten politischen Systems in den vergangenen Jahren durch viele Ereignisse massiv gelitten hat, auch auf nationaler Ebene. Hier scheint die Zeit ebenfalls reif für einen Neuanfang.

Zur Vorhersehbarkeit von Entwicklungen: Die Fragen, warum wir trotz unzähliger Anzeichen, dass die Zeichen in der Ukraine auf Krieg stehen, offensichtlich viel zu schwach und unklar reagiert haben bzw. warum wir der sich klar abzeichnenden COVID-19-Pandemie viel zu spät harte und aufeinander abgestimmte Maßnahmen entgegengesetzt haben, drängen sich unmittelbar auf. Warum sind wir trotz vieler früh vorhandener Informationen „sehenden Auges“ in die Krisen und Konflikte unserer Zeit hineingetappt und bisher mehr schlecht als recht in der Lage, diese zu bewältigen?

- Wir wissen doch nicht erst seit ein paar Wochen, dass Russland die Ukraine schon immer als einen Bestandteil Russlands bzw. des ehemaligen „Ostblocks“ (und Symbol alter Größe und Macht) gesehen hat. Und dennoch hat weder die Europäische Union noch die USA, Großbritannien, Frankreich und viele andere Staaten, die die Sprengkraft dieser Situation sehr wohl erkannt haben müssen, versucht, hier frühzeitig eine gesichtswahrende Lösung für alle auf dem Verhandlungsweg herbeizuführen, um den schwelenden Konflikt erst gar nicht eskalieren zu lassen.
- In Österreich gab es schon früh eine Vielzahl an Hinweisen von Experten, dass nur ein entschlossenes und abgestimmtes Handeln die größte Chance hat, die COVID-19-Pandemie rasch und gut in den Griff zu bekommen. Dennoch ist bis heute eine gemeinsame bundesweite Vorgangsweise nicht vorhanden. In rascher Folge wurden immer mehr Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung verordnet, die einander teilweise in Funktion und Wirkung widersprochen haben. Statt die Maßnahmen besser aufeinander abzustimmen, wurde mit immer mehr Maßnahmen, die nicht zusammenpassten, die Skepsis und das Unverständnis der Bevölkerung erhöht und das Systemversagen offenkundig. Seither prägen Schuldzuweisungen das Bild der Politik in den Medien und der öffentlichen Meinung.

So darf es nicht verwundern, wenn der möglicherweise größte Effekt der Pandemiebekämpfungsmaßnahmen leider darin besteht, dass sich die Spaltung in der Bevölkerung weiter vertieft und das Aggressionspotenzial deutlich ausgeweitet hat. Niemand darf sich wundern, wenn aktuell die Glaubwürdigkeit unseres politischen Systems in der breiten Öffentlichkeit auf einen nie dagewesenen Tiefpunkt gesunken ist.

Wenn es nicht die mangelnde Berichterstattung über die Krisen unserer Zeit und die Verfügbarkeit detaillierter Informationen sind, was sind es dann für Probleme, die das Internet, die schlagzeilenfokussierten Medien und unsere modernen Kommunikations- und Informationstechnologien sowie der Social-Media-Bereich den Bürgerinnen und Bürger, aber auch den Entscheidungsträgern bereiten? Was sind die Herausforderungen von heute im Umgang mit den modernen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) die unzweifelhaft eine der zentralen Schlüsseltechnologien unserer Zeit darstellen und jeden Tag den Verlauf und die Handhabung der Konflikte und Krisen unserer Zeit maßgeblich beeinflussen?

Zum Krisen- und Konfliktbeitrag von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT): In Österreich wissen wir aus den jüngeren Entwicklungen, dass die Entscheidungsträger durch Berichterstattung und verfügbare Informationen in den Medien in ihren Handlungen und Entscheidungen ebenso beeinflusst werden, wie die Meinung der Bevölkerung. Genauso klar ist, dass die Entscheidungsträger die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien gezielt einsetzen, um bestimmte Meinungen, die ihnen dienlich sind, zu erzeugen und bestimmte Bilder der Realität in der Bevölkerung entstehen zu lassen.

Die Frage, welche Rolle Informations- und Kommunikationstechnologien als wichtige Einflussgröße in unserer Zeit einnehmen bzw. wie stark sie handlungsleitend sind, ist mitentscheidend dafür, wie wir Konflikte lösen und Krisen bewältigen. Wir müssen uns dabei eingestehen, dass wir durch die Möglichkeiten, die die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien bieten, heute teilweise große Probleme haben, die sich direkt auf unsere Handlungsspielräume und unser Agieren im Krisen- und Konfliktmanagement auswirken:

- *Der „Informationsoverkill“* – Durch das Internet und die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien sehen wir uns weltweit einer Daten- und Informationsflut gegenüber, die vor allem für die breite Masse der Bevölkerung nicht mehr überschaubar und schon gar nicht mehr interpretierbar ist. Schon die Sichtung einer unübersehbaren Menge an Texten, Daten, Bildern, Grafiken etc. stellt eine große Herausforderung dar, da z.B. Legionen an Datenverarbeitungsspezialisten sich u.a. auch damit beschäftigen, thematische Beiträge, Produktinformationen und viele andere Informationen bei Abfragen in der Reihenfolge der „Treffer“ einer Suchanfrage möglichst an die Spitze zu bringen. Der Effekt ist so simpel wie gefährlich, kaum jemand kann sicher erkennen, welche Informationen wichtig und welche weniger wichtig sind. Mit jedem Eintrag wird es noch schwerer, die validen, richtigen und nachprüfbaren Daten und Fakten aus der Informationsflut zu destillieren. Kein Nutzer des Internets kann ohne detaillierte Prüfung und das Hinterfragen der Datenquellen sicher sein, für eine Fragestellung bzw. zu einem bestimmten Thema auch alle wichtigen und richtigen Informationen gefunden zu haben.

Die Konsequenz ist eine große Entscheidungsunsicherheit, die dazu beiträgt, dass nur diejenigen Datenquellen verwendet werden, die vertrauenswürdig erscheinen und nahe dem persönlichen Wissensstand bzw. der Einschätzung des Nachfragers liegen. Verfügbare Informationen aus Quellen, die nicht der Einstellung des Nachfragers entsprechen, werden meist als nicht glaubwürdig außen vorgelassen, ohne die Inhalte einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Damit führt der „Informationsoverkill“ aber dazu, dass viele Menschen nur einen bestimmten Ausschnitt der Realität überhaupt erfassen und vor ihrem eigenen Erfahrungshintergrund verarbeiten können. Dadurch erhöht sich auch die Wahrscheinlichkeit, dass zu ein und demselben Thema viele unterschiedliche, in der Sichtweise stark eingeschränkte „Wahrheiten“ von Interessens- und Wissensgruppen entstehen, die mit ihren Argumenten in Zeiten wie diesen entsprechend hart aufeinandertreffen. Typisches Beispiel sind aktuell die COVID-19-Impfungen und die nun temporär ausgesetzte Impfpflicht.

- *Die Validität und Überprüfbarkeit von Informationen und Daten* – Im Internet und in den Medien sind wir auch mit dem Problem konfrontiert, die Glaubhaftigkeit von Informationsquellen nur sehr schwer überprüfen zu können, weil häufig wichtige Quellenangaben überhaupt fehlen, oder nur teilweise vorhanden sind.

Damit geraten auch Daten und Informationen aus sicheren, offiziellen Quellen unter Druck und werden insbesondere von Verschwörungsgläubigen, von Staatsverweigerern, sogenannten Querdenkern etc. nicht nur in Frage gestellt, sondern als manipuliert ignoriert. Hier reichen die Problemfälle der jüngeren Zeit von der behaupteten Wahlmanipulation des Donald Trump über - bei genauer Recherche - unhaltbare Behauptungen zu Nebenwirkungen der COVID-19-Impfstoffe bis hin zu der aktuellen Propagandaschlacht in der Berichterstattung zum Ukraine-Krieg.

Verschärft wird die Situation durch Medien, die nur mangelhaft zwischen Meinung und Faktum unterscheiden, ungenau recherchieren und durch die Langsamkeit, mit der Social-Media-Plattformen offensichtlich falsche und hetzerische Informationen löschen und es damit ermöglichen, dass sich falsche Informationen zu dem entwickeln, was wir seit der Trump-Präsidentschaft als „*alternative Fakten*“ kennen. Auch dadurch entstehen immer mehr Gruppierungen, die Glaubhaftigkeit nur mehr für ihre Informationen sehen und – was demokratiepolitisch besonders gefährlich ist – auch immer weniger bereit sind, die Rechtsstaatlichkeit und oberstgerichtliche Entscheidungen zu akzeptieren.

Wie weit dieser Prozess derzeit in Österreich bereits fortgeschritten ist, können wir an diversen Demonstrationen sehen, die durch ein hohes, bisher nicht gekanntes, Aggressions- und Gewaltpotenzial gekennzeichnet sind. Die Erosion der Anerkennung der Spielregeln der Rechtsstaatlichkeiten geht mitunter schon so weit, dass Gesprächsangebote abgelehnt werden, weil das Gegenüber einer ultimativen Vorbedingung für die Gesprächsteilnahme nicht zustimmen kann, weil diese Zustimmung eine Amtshaftungsklage nach sich ziehen würde.

Hier passt auch gut dazu, dass in Österreich ein scheidender Gesundheitsminister als einen Rücktrittsgrund angegeben hat, dass er den permanenten Personenschutz nicht mehr ausgehalten hat und seine Familie vor den Bedrohungen schützen möchte. Wenn es in Österreich, dessen Bevölkerung man international eher Gemütlichkeit und Gelassenheit attestiert, zu solchen Bedrohungen von Entscheidungsträgern bzw. anders Denkenden kommt, wie sieht es dann in anderen Ländern aus, deren Bevölkerung schon immer etwas weniger konfliktscheu war?

- *Die bildungsabhängige Interpretierbarkeit von Informationen* – Kein neues Phänomen ist, dass die Interpretierbarkeit verfügbarer Informationen vom Bildungsniveau des Betrachters abhängt. Viele im Internet und in den Medien verfügbare Informationen sind so komplex und detailliert, dass sie auch von Personen mit besserem Bildungsniveau teilweise nicht mehr ohne erläuternde Unterstützung verstanden werden. Auch die Komplexität von Informationen fördert letztlich die Entscheidungsunsicherheit und das Entstehen von Weltbildern und Argumentationslinien, die nicht der Realität entsprechen. So kommt es immer öfter vor, dass man glauben mag, dass manche DiskussionsteilnehmerInnen sich in einem Paralleluniversum befinden bzw. die reale Welt nicht mehr wahrhaben wollen oder können.

Hinzu kommt, dass die bildungsabhängige Interpretierbarkeit von veröffentlichten Daten und Informationen von Personen, Unternehmen, Interessensgruppierungen, Parteien, Nationalstaaten bzw. von formal und materiell „Mächtigen“ immer öfter dazu genutzt wird, ganz bestimmte Zerrbilder der Realität als Wirklichkeit erscheinen zu lassen. Das erhöht ebenfalls das Konflikt- und Aggressionspotenzial und stellt vor allem eine „wunderbare“ Möglichkeit dar, zu polarisieren und die Spaltung unserer Gesellschaft weiter voranzutreiben.

- *Der bewusste Einsatz von Fake-News zur Schaffung von „alternativen Realitäten“* – Durch Internet und Medien ist es möglich, durch permanent und massiv verbreitete Fake-News den Blick auf reale Situationen so zu verstellen, dass eine gar nicht existierende „Realität“ entsteht, die von vielen Menschen unreflektiert als Faktum wahrgenommen wird. Ein besonders krasses Beispiel dafür ist die derzeitige Darstellung des Ukraine-Krieges in Russland, die der russischen Bevölkerung ein Bild vorgaukelt, das das genaue Gegenteil von dem darstellt, was tatsächlich passiert.

Behauptungen, wie z.B. dass die COVID-19-Impfung unfruchtbar mache, oder der von Trump nach wie vor behauptete Wahlbetrug, der ihn um den Sieg bei der US-Präsidentenwahl gebracht haben soll, sind typische Beispiele für solche Fake-News, die von einem Teil der Bevölkerung als Realität und nicht als Fake gesehen werden.

Auch im Dialogforum sind wir seit Beginn der Arbeiten mit derartigen Fake-News und bewussten Falschmeldungen konfrontiert. Beispiele – stellvertretend für viele – sind z.B., dass im Dialogforum nur flugverkehrsaffine Personen vertreten seien, das Dialogforum keine Maßnahmen gegen die Flugverkehrsbelastungen durchgesetzt habe und alle Fluglärmkarten, Zahlen und Daten falsch seien. Die Behauptungen und Falschmeldungen wurden, seitdem das Dialogforum im Jahr 2005 die Arbeit aufgenommen hat, immer wieder und sogar in Diskussionen auf Ministerebene sowie TV-Sendungen mehrfach widerlegt. Das hat die handelnden Personen aber bis heute nicht daran gehindert, die falschen Botschaften immer wieder neu zu verbreiten, in der Hoffnung in der aktuellen politischen Situation ihre Partikularinteressen endlich durchzusetzen, ohne sich Diskussionen mit Interessensgruppen stellen zu müssen, die im Fall der Umsetzung der Partikularinteressen Nachteile zu erwarten hätten.

Fazit ist, dass durch den Kampf um die öffentliche Meinung im Internet und in den Medien die Gefahr der Massenmanipulationen noch nie so groß wie heute war. Noch vergrößert wird diese Gefahr durch die Schnelllebigkeit unserer Zeit. Niemand hat mehr Zeit, Themen, Sachverhalte und Pressemeldungen genauer zu hinterfragen und auf Plausibilität zu prüfen. Solide Recherche braucht Zeit und die haben die wenigsten Menschen. Damit siegt aber die oberflächliche und kurze Sichtung von großen Daten- und Informationsmengen über solide Recherche. Endergebnis sind dann teilweise, oder völlig falsche Analysen und Interpretationen, die wiederum in die Darstellung von „alternativen Realitäten“ bzw. Trugbildern führen, auf die viele Menschen hereinfallen.

Die reduzierte Sorgfalt im Umgang mit Informationen führt auch dazu, dass richtige und den Fakten entsprechende Informationen falsch verstanden bzw. interpretiert werden. Damit sind die globalen und ubiquitär verfügbaren Kommunikationsmöglichkeiten von heute und der Umgang damit eine bedeutende „*Maschinerie*“, mit der Konflikte generiert und viele Themen in eine völlig falsche Richtung entwickelt werden können. Jede Person in Abhängigkeit von ihrer Machtposition, ihren Motiven und ihrer Skrupellosigkeit ist in der Lage, mit Hilfe der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien Krisensituationen heraufzubeschwören und Bedrohungspotenziale zu generieren, die zwar nicht real sind, aber umso glaubhafter erscheinen.

Zur Arbeit im Dialogforum unter geänderten Rahmenbedingungen

Was lässt sich nun aus den dargestellten Beobachtungen und Sachverhalten an konkreten Maßnahmen und Vorgehensweisen ableiten, die es uns im Dialogforum Flughafen Wien in Zukunft ermöglichen, die Arbeit noch effizienter und besser voranzutreiben? Diese Erkenntnisse sind gerade jetzt sehr wichtig, haben doch Ende Februar 2022 mit der ersten Sondierungsrunde die Verhandlungen über eine weitere Verbesserung der Maßnahmen zur Reduktion des Fluglärms und der Flugverkehrsbelastungen begonnen und dies ist ein idealer Zeitpunkt, um auch an etablierten Abläufen und Vorgangsweisen die eine oder andere Adaptierung vorzunehmen.

Grundsätzlich kann vorweg festgehalten werden, dass nur ein streng nach mediatorischen Regeln umgesetzter Diskussions- und Verhandlungsprozess in Form von face-to-face Präsenzsitzungen geeignet ist, viele der angesprochenen Probleme weitgehend zu minimieren. Mitentscheidend ist dabei der gemeinsame Umgang aller Konfliktparteien mit den Möglichkeiten, die Internet und die modernen Kommunikations- und Informationstechnologien sowie die Social-Media-Applications bieten.

Insgesamt ist es eine Mischung von klassisch mediatorischer Vorgangsweise, kombiniert mit einem zielgerichteten Einsatz der neuen Kommunikations- und Informationstechnologien, der sich aus den dargestellten Zusammenhängen ableiten lässt und der die größten Erfolgchancen für die Behandlung von Konflikten und die Erzielung von konsensualen Vereinbarungen haben dürfte. In der leicht modifizierten Vorgangsweise sind mehrere Aspekte zu beachten:

- *Erneuerung des Teilnahmeangebots an bisherige Dialogskeptiker:* Da wir uns mit der Sondierungsrunde am Beginn eines Diskussions- und Verhandlungsprozesses befinden, der das Ziel hat, alle vereinbarten Maßnahmen gegen die Flugverkehrsbelastungen nochmals auf den Prüfstand zu heben und nach Verbesserungsmöglichkeiten zu suchen, wird das Dialogforum das Angebot an alle Interessensgruppen und NGO's etc., die bereit sind, sich fair in den Prozess einzubringen, nochmals erneuern.
- *Einladung zur Mitwirkung an die Jugend:* Wichtig wird auch sein, aktiv zu versuchen, die Jugend, für die der Klima- und Umweltschutz besonders zentrales Thema ist, für die Arbeit im Dialogforum zu interessieren und einzubinden. Natürlich werden wir den Diskussions- und Verhandlungsprozess auch zukünftig für „*Neueinstiege*“ offenhalten. Bei der Einbindung der Jugend ist insofern Neuland zu beschreiten, weil die jungen Menschen behutsam an eine mediatorische Vorgangsweise heranzuführen sind. In einem ersten Schritt sollten sie erfahren, die modernen Kommunikations- und Informationstechnologien gemeinsam, etwas langsamer und zielgerichteter einzusetzen sowie die Ergebnisse kritischer als bisher auf Glaubhaftigkeit und Validität zu prüfen.

Der Prozessleitung ist klar, dass die sogenannte „*Ungleichzeitigkeit*“ des Einstiegs in einen derartigen Prozess immer schwierig ist und zusätzliche Spannungsfelder erzeugt. Besser ist es natürlich, wenn eine Interessengruppe von Anfang an dabei ist. Ein späterer Einstieg von Interessensgruppen ist naturgemäß durch Generationensprünge notwendig und immer noch besser als ständig von außen kommenden Falschmeldungen und Fake-News begegnen zu müssen.

- *Erarbeitung einer gemeinsamen Daten-, Fakten- und Informationsbasis:* Äußerst wesentlich ist es, dass alle Konfliktparteien – bevor die eigentlichen Verhandlungen ins Detail gehen – zuerst Einigkeit darüber erzielen, welche gemeinsam geprüften und akzeptierten Daten, Fakten und Informationen insgesamt die inhaltliche Basis für die Diskussionen bilden sollen. Dieser Schritt ist so wichtig, weil dadurch die Wahrscheinlichkeit, dass irrealer Bilder und Einschätzungen der Ausgangssituation entstehen, zumindest deutlich reduziert werden könnte. Es muss gelingen, die Lösungen zur Fluglärm- und Belastungsreduktion in einer für die Konfliktparteien tatsächlich vorhandenen gemeinsamen Realität und nicht in mehreren Parallelwelten bzw. „*alternativen Realitäten*“ zu finden.

Dieser Schritt mag für einige an den Verhandlungen teilnehmenden Personen möglicherweise als zu langsam erscheinen, die Erfahrungen aus vielen Mediationsprozessen zeigen aber klar, wie wichtig diese Voraussetzung für einen erfolgreichen Verhandlungsprozess ist. Durch gegebene Interpretationsspielräume sowie durch Unschärfen und Unterschieden - beispielsweise in Berechnungsmethoden - ist sehr oft vonnöten, dass gemeinsame Grundannahmen vereinbart werden. Dies kann nur in direkter Kommunikation optimal gelingen.

Besonders wichtig ist der Schritt, die Jugend bzw. die bisherigen Dialogskeptiker nach Möglichkeit verstärkt in den Verhandlungsprozess zu integrieren. Die Festlegung und Erarbeitung einer gemeinsamen „*Wissens- bzw. Faktenbasis*“ stärkt sowohl die Vertrauensbasis als auch die Entscheidungsbereitschaft. Sie ist auch ein wichtiger Schritt, um auf Augenhöhe miteinander zu sprechen und sie verhindert zumindest teilweise, dass völlig unrealistische Forderungen auf den Verhandlungstisch kommen, weil die gemeinsame Daten- und Faktenlage klar zeigt, warum die eine oder andere Forderung keine/kaum Chancen hat, realisiert zu werden. Auf diese Weise kann es auch gelingen, klar vorhersehbare „*Enttäuschungen*“ auf ein Minimum zu reduzieren, wenn völlig unrealistische Forderungen, die technisch, rechtlich, oder wegen der existierenden Regeln der Flugverkehrslenkung nicht umsetzbar sind, gestellt werden. Gleiches gilt natürlich auch für Forderungen, die die Sicherheit des Flugbetriebs beeinträchtigen könnten.

- *Ausräumen der falschen Informationen, Daten und Fake-News:* Wichtig ist auch, während der Diskussions- und Verhandlungsprozess läuft, permanent daran zu arbeiten, dass sich keine Fake-News und Falschmeldungen, keine falschen Daten und Fakten „*einschleichen*“. Dadurch kann und muss verhindert werden, dass „*alternative Realitäten*“ in den Gesamtprozess „*einsickern*“ und die Vertrauensbasis zerstören. Die Erfahrungen in den letzten über 15 Jahren im Dialogforum zeigen, dass permanent Gerüchte regional verbreitet werden, die völlig falsch sind. Jüngstes Beispiel in der Flughafenregion ist eine eingeebnete Fläche zwischen Stixneusiedl und Bruck an der Leitha, die als Lagerplatz für die im Zuge des Upgradings eines Windparks an- und abgebauten Windkraftanlagen dienen wird. Das Gerücht besagte, dass die Windkraftanlagen der 3. Piste weichen müssen, Faktum ist aber, dass die bestehenden Anlagen erneuert und durch größere und leistungsfähigere Windkraftanlagen ersetzt werden.
- „*Speed kills*“: Es ist nachvollziehbar, dass alle Interessensgruppen möglichst rasch zu einer Einigung bzw. zu Ergebnissen kommen möchten. Wenn der Diskussions- und Verhandlungsprozess aber nicht so komplex wie notwendig und gleichzeitig so einfach und verständlich wie möglich umgesetzt wird, ist die Gefahr sehr groß, dass falsche Entscheidungen getroffen werden. Wenn wir aufgrund falscher Entscheidungen - bildlich gesprochen - in eine Sackgasse fahren, dann müssen wir wieder zurücksetzen, um wieder auf den richtigen Weg zu kommen und das dauert mitunter dann länger, als wenn die Verhandlungsgeschwindigkeit nicht ganz so hoch gewesen wäre und man nicht in die Sackgasse falsch abgebogen wäre. Es ist einfach unerlässlich, sich trotz des hohen Zeitdrucks einer ausreichend breiten schrittweisen Diskussion mit möglichst vielen Blickwinkeln zu stellen, wenn konsensuale Verhandlungsergebnisse erzeugt werden sollen.
- *Face-to-face-Verhandlungen und Bereitschaft, konsensuale Lösungen zu finden:* Insbesondere der Ukraine-Krieg und die Versuche, Verhandlungen in Gang zu bringen, zeigen, wie wichtig es ist, face-to-face zu verhandeln, ohne vorher schon ultimativ vorzugeben, was man unter allen Umständen zu erreichen gedenkt. Ein absolutes „*No-Go*“ ist es auch, ultimative Forderungen zu erheben, die andere Konfliktparteien jedenfalls erfüllen müssen, damit die Verhandlungen nicht platzen. Jeder Versuch, der anderen Konfliktpartei vorab auszurichten, was sie akzeptieren muss, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt und versperrt den Weg zu jeder vernünftigen Lösung. Auch muss jeder Interessensgruppierung zugestanden werden, ihre Repräsentantinnen und Repräsentanten autonom festzulegen. Diese Personen müssen auch ein „*wirkliches*“ Verhandlungsmandat haben, weil nur unter diesen Voraussetzungen eine zielgerichtete und effiziente Verhandlung überhaupt möglich ist. Die ultimativen Forderungen Russlands, die wörtlich als „*nicht verhandelbar*“ deklariert wurden sowie die gesamte Vorgangsweise Russlands deuten darauf hin, dass die Forderungen mit Panzern durchgesetzt werden sollen und die Verhandlungen nur dazu dienen, um für die russische Bevölkerung ein Zerrbild der Realität zu erzeugen, das zeigt, dass Russland zum Handeln gezwungen ist.

- *Der Dialog muss immer gesucht werden:* Auch wenn Themen noch so konfliktrichtig sind, der Dialog muss immer gesucht werden und das auch, wenn eine Seite den Dialog verweigert. Gerade jetzt, wo von Personen und Bürgerinitiativen außerhalb des Dialogforums wieder haarsträubende Falschmeldungen über das Dialogforum verbreitet werden, müssen wir trotz der mehrfach gescheiterten Versuche mit dem Kabinett im BMK in Kontakt zu kommen, um das Zerrbild über das Dialogforum zu korrigieren, weiter mit Nachdruck versuchen, gehört zu werden. Fake-News können nur enttarnt werden, wenn sich die Konfliktparteien zusammensetzen, um endlich eine gemeinsame Daten- & Faktenbasis zu schaffen. Wer das Gespräch verweigert und nur in der eigenen Blase agiert, blendet einen Teil der Realität aus, läuft Gefahr Entscheidungen auf der Basis von „Entweder – oder“ bzw. linearen Ursache-Wirkungszusammenhängen und ohne ausreichende Information über komplexe Zusammenhänge zu treffen.
- *„Altmodische“ Präsenzsitzungen als Verhandlungsformat:* Aus den Zusammenhängen und den aktuellen Versuchen, durch vielfältige Interventionen die vielen Krisensituationen zu entschärfen, lässt sich ableiten, dass Dialog und face-to-face-Kommunikation für manche zwar altmodisch erscheinen mögen, aber bei hoch eskalierten Konflikten geradezu der einzige Schlüssel für eine Konfliktlösung sein können. Egal wie lange es dauert, das Eis muss gebrochen und die Konfliktparteien an einen Verhandlungstisch gebracht werden, wo Vertrauen nur entstehen kann.

Wie schon erwähnt, ist das Format der Präsenzsitzungen insbesondere für die Jugend, aber auch für RepräsentantInnen, die bisher den Dialog verweigert haben, sicherlich gewöhnungsbedürftig. Jedenfalls wird die Prozessleitung nach Rückfrage mit den Gründungsmitgliedern erneut einen Anlauf nehmen, um den Kontakt zu den Interessensgruppierungen außerhalb des Dialogforums herzustellen und zu motivieren, am Dialog teilzuhaben. Der Zeitpunkt wäre günstig, weil durch den Antrag der ARGE gegen Fluglärm nochmals das gesamte Maßnahmenbündel für das aktuelle 2-Pisten-System, um die Fluglärm- und Flugverkehrsbelastungen so gering wie möglich zu halten, auf den Prüfstand kommt. Es werden auch keine leeren Kilometer sein, die wir absolvieren, gilt es doch ein Maßnahmenbündel gegen die Flugverkehrsbelastungen zu entwickeln und umzusetzen, mit dessen Auswirkungen die Flughafenregion wahrscheinlich die nächsten 10 bis 15 Jahre besser leben kann.

Abschließend bleibt anzumerken, dass wir nicht vergessen dürfen, dass es in all den Krisen auch darum geht, nicht auf den Klima- und Umweltschutz zu vergessen, ist doch gerade jetzt die Chance besonders groß, schlechte und für Klima und Umwelt falsche Entscheidungen zu treffen, die gleichzeitig möglicherweise auch für die Wirtschaftserholung kontraproduktiv sind. Hier muss uns klar sein, dass - Krisen hin, Krisen her - bei der Bekämpfung des Klimawandels die Zeit drängt und wir handeln müssen. Es gibt viele Daten und Informationen, die dies belegen und wir sollten hier nicht den gleichen Fehler machen, wie bei anderen aktuellen Krisen und die validen Informationen, Daten und Fakten ignorieren.

Das Dialogforum ist jedenfalls bereit, sich den großen - auf uns zukommenden - Herausforderungen zu stellen und wird weiter versuchen, die Gesprächskanäle für alle konstruktiven Interessensgruppierungen offen zu halten. Wir werden versuchen, auch in noch so schwierigen Zeiten mit unzähligen Konflikten und ungünstigen Rahmenbedingungen einen „Mehrwert“ für Bevölkerung und Wirtschaft zu schaffen, ohne dass wir dabei auf den Klima- und Umweltschutz vergessen. Wer sich neu am Diskussions- und Verhandlungsprozess beteiligen möchte, braucht nur wenige Dinge, nämlich

- Mut, sich schwierigen und konfliktrichtigen Diskussionen zu stellen,
- Fairness, Empathie und Ambiguitätstoleranz gegenüber Standpunkten anderer Konfliktparteien,
- den Willen auf der Basis von nachprüfbaren Daten, Informationen und Fakten zu verhandeln und
- die ehrliche Bereitschaft, den anderen Konfliktparteien einen Schritt entgegenzugehen, wobei natürlich jeder selbst entscheiden kann und muss, wie groß dieser Schritt tatsächlich ist.

Seitens der Prozessleitung werden wir gerne für die Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Verhandlungen sorgen und uns nach Kräften bemühen, eventuell neu hinzugekommene Interessensgruppen so rasch wie möglich an das Wissensniveau aller am Diskussions- und Verhandlungsprozess Beteiligten heranzuführen.

3) Ausblick März / April 2022

Im März und auch April gehen die Arbeiten am Evaluierungsbericht 2021 weiter. Der Schwerpunkt der Arbeiten wird aber bei der Vorbereitung, Abwicklung und Dokumentation der anberaumten Sitzungen liegen. So es die weiteren Entwicklungen im Zusammenhang mit der Pandemiebekämpfung zulassen, wird die Frühjahrsrunde der Bezirkskonferenzen nach Möglichkeit in Form von Präsenzsitzungen umgesetzt werden, da die letzten in Präsenz durchgeführten Bezirkskonferenzen bereits über 2 Jahre zurückliegen und zwischenzeitlich auch ein Wechsel in der Vertretung einiger Gemeinden stattgefunden hat.

Die Arbeiten an einer detaillierten Darstellung der Vereinbarungen zur Minimierung der Flugverkehrsbelastungen auf der Website des Dialogforums www.dialogforum.at werden ebenso vorangetrieben, wie das Update des Dialogforumfolders und der Broschüre „Dialogforum – Daten und Fakten“. Mit Beginn der Umsetzung des Sommerflugplans gehen die Dialogforummitglieder von einem sprunghaften Ansteigen der Flugbewegungen aus. Das könnte möglicherweise einen erhöhten Aufwand erzeugen, was die Beantwortung diverser Anfragen und Beschwerden anlangt. Insgesamt sind die in weiterer Folge aufgelisteten Sitzungen geplant:

23. März 2022:	72. Arbeitskreis Evaluierung & Monitoring
28. März 2022:	61. Dialogforumsitzung
25. April 2022:	34 Bezirkskonferenz Baden
25. April 2022:	42. Bezirkskonferenz Mödling
25. April 2022:	37. Bezirkskonferenz Gänserndorf
26. April 2022:	36. Bezirkskonferenz Schwechat
27. April 2022:	39. Bezirkskonferenz Bruck

Die nächste Ausgabe von Dialog_aktuell_Nr_03/04-2022 ist für die erste Maihälfte 2022 geplant.

4) Sitzungsspiegel Dialogforum

Stand: 14. März 2022

Termin				Sitzung		Sitzungsort		
Tag	Datum	Jahr	Uhrzeit	Bezeichnung	Sitzung Nr.	Ort	Objekt	Sitzungszimmer
JÄNNER								
Mi	26. Jän	2022	16:00	AK Öffentlichkeitsarbeit	79. Sitzung	Zoom-Videokonferenz		
FEBRUAR								
Mo	28. Feb	2022	16:00	Sondierungsrunde	1. Sitzung	Flughafen Wien	Office Park I	1. OG, KR 2
MÄRZ								
Mo	07. Mär	2022	16:00	AK Öffentlichkeitsarbeit	80. Sitzung	Zoom-Videokonferenz		
Mi	23. Mär	2022	16:00	AK Evaluierung	72. Sitzung	Zoom-Videokonferenz		
Mo	28. Mär	2022	16:00	Dialogforumsitzung	61. Sitzung	Flughafen Wien	Office Park I	1. OG, KR 2
APRIL								
Mo	25. Apr	2022	10:30	BK Baden	34. Sitzung	wird noch bek. geg.		
Mo	25. Apr	2022	13:30	BK Mödling	42. Sitzung	Maria-Enz., Kampstr. 1	Technikzentrum	
Mo	25. Apr	2022	17:00	BK Gänserndorf	37. Sitzung	wird noch bek. geg.		
Di	26. Apr	2022	16:30	BK Schwechat	36. Sitzung	Flughafen Wien	Office Park I	1. OG, KR 2
Mi	27. Apr	2022	16:30	BK Bruck	39. Sitzung	Flughafen Wien	Office Park I	1. OG, KR 2
MAI								
Mo	02. Mai	2022	16:00	AK Öffentlichkeitsarbeit	81. Sitzung	Flughafen Wien	Office Park I	1. OG, KR 2
Mi	04. Mai	2022	16:00	Sondierungsrunde	2. Sitzung	wird noch bek. geg.		
JUNI								
Mi	08. Jun	2022	16:00	AK Öffentlichkeitsarbeit	82. Sitzung	wird noch bek. geg.		
Do	09. Jun	2022	16:00	Dialogforumsitzung	62. Sitzung	Flughafen Wien	Office Park I	1. OG, KR 2

Anmerkung: Der Sitzungsspiegel wird laufend ergänzt, bitte deshalb allfällige zwischenzeitliche Änderungen beachten. Gültig ist immer die Übersicht des aktuellsten Geschäftsführerbriefes.

Quelle: Verein Dialogforum Flughafen Wien

Der aktuelle Sitzungsspiegel kann auch auf der Homepage des Dialogforums (www.dialogforum.at) im Bereich „Aktuelles/Termine“ nachgelesen werden. Hier finden sie auch immer den aktuellen Stand des Sitzungsspiegels und insbesondere auch alle kurzfristigen Terminverschiebungen und -absagen.